



Besser als nichts
Kein Geld, kein Job, kein Deutsch – Flüchtlinge sind bei der Wohnungssuche mit vielen Hürden konfrontiert. Oft geht es nicht ohne die Hilfe von NGOs oder kleiner Initiativen. Vermieter nehmen auf die Notlage der Familien meist keine Rücksicht.

Foto: APA / Scherzer (1) Neubauer (1)



Mit der Anerkennung als Flüchtling stehen Zehntausende bald vor einer neuen Herausforderung: eine Wohnung für sich und ihre Familie zu finden. Eine Suche, die oft an Mietwucher, Betrug und unleistbaren Kosten scheitert.

Kellerabteil statt Asylantenheim

I Von Doris Neubauer

Wie die Orgelpfeifen sitzen sie am Tisch und beobachten alles um sie herum mit großen, wachen Augen. Sie sind elf, zehn, fünf, zwei und die Zwillinge sieben Jahre alt, die Kinder von Ezzeldin Almeri und seiner Frau, R. Alhamadallas (* vollständiger Name der Redaktion bekannt). Ja, er hat eine große Familie, der ruhige 41-Jährige. Noch vor ein paar Jahren war er in Syrien als Beamter tätig, bis er aus Angst um die Sicherheit seiner sechs Kinder mit seiner Familie die Flucht nach Österreich antrat. Am 8.12.2013 erreichte er sein Ziel, sieben Monate danach wurde Almeri anerkannt und konnte zwei Monate später seine Ehefrau samt den Kindern aus der Türkei nach Wien nachholen. Die Flüchtlings-Geschichte von Ezzeldin und seiner Familie ist eine, wie man sie dieser Tage an jeder Straßenecke hören kann – und die mit dem positiven Asyl-Bescheid noch lange nicht beendet ist.

Geht man von den 85.000 Asylwerbern aus, die bis Jahresende für Österreich prognostiziert wurden, werden vermutlich 30.000 – 40.000 Menschen in den nächsten Monaten als Flüchtlinge anerkannt. Zehntausende, die vier Wochen nach Erhalt des Bescheids aus der Grundversorgung fallen, ihr Quartier verlieren und auf den Wohnungsmarkt drängen, wo sie mit neuen Herausforderungen fertig werden müssen: Einerseits vergehen bis zu acht Wochen, bis die Flüchtlinge die bedarfsoorientierte Mindestsicherung erhalten. Andererseits reichen diese 827 Euro monatlich nicht aus, um Wohnungs-Kautionen von drei Monats-Mieten oder Makler-Provisionen zu bezahlen. Viele scheitern auch daran, dass sie kaum ausreichend Deutsch sprechen, um sich zu verständigen, geschweige denn um Verhandlungen zu führen oder Mietverträge zu verstehen zu können. Zusätzlich verlangen Vermieter oft eine Kopie der Lohnzettel der letzten drei Monate.

Dubiose Absagen von Vermieter

Kein Geld, kein Deutsch, kein Job – das sind nicht die einzigen Hürden bei der Wohnungssuche, wie Ezzeldin Almeri aus Erfahrung weiß: „Wir waren bereits bei der Wohnungsbewilligung“, erzählt er und schaut dabei auf seine gepflegten Hände, „doch sobald der Vermieter unsere Großfamilie gesehen hatte, erhielten wir eine Absage.“ Eine Situation, die er nicht nur einmal erlebte. Neun Monaten hausten die acht in einer 50-Quadratmeter-Wohnung der Caritas-Notschlafstätte Haus Amadou, dann kam

„Sie haben uns Wohnungen gezeigt, in denen es kein WC gibt. Alles war verdreckt. Ansparen für die Miete konnte ich nichts – ich hatte keinen Platz zum Kochen und musste immer auswärts essen.“

Für die Einrichtung hingegen fehlt es an Geld. Geschlafen wird auf Matratzen, nur im Wohnzimmer stehen bereits ein paar Möbelstücke. „Jetzt haben wir viel Platz“, nimmt Ezzeldin die Situation mit Humor und ist erleichtert, zumindest für die nächsten 12 Monate ein Zuhause gefunden zu haben.

Lange Wartelisten

Ezzeldin Almeri und seine Familie hatten Glück. „Seit September 2014 müssen wir täglich Menschen weggeschicken und wissen nicht, wohin“, klagt Petra Struber, Leiterin des Diakonie-Projekts INTO Wien, „wir haben über 200 Menschen auf den Wartelisten. Das ist ein Rückstau, den wir mit den bestehenden Ressourcen nicht abarbeiten können.“ 180 anerkannte Flüchtlinge in 55 Startwohnungen haben derzeit über das Projekt ein Dach über dem Kopf, 28 weitere Wohnungen werden über das Projekt Zukunftsräum an asylberechtigte Familien aus Wiener Grundversorgungseinrichtungen vergeben. Das Prinzip ist dasselbe: Die Diakonie mietet für einen Zeitraum von bes-

tenfalls zwei Jahren eine Wohnung an und überlässt diese Flüchtlingen mit positivem Asylbescheid zur Nutzung. Raumangebote dafür erhält die Diakonie gerade seit den letzten Wochen sehr viele, so Struber: „Doch die Frage ist: Passen diese auch?“ Maximal 10 Euro pro Quadratmeter darf die Wohnung kosten. Doch es geht auch um die Längerfristigkeit des Angebots: „Kurzfristige Mieten für zwei Monate sind nett, aber bringen keine Entlastung. Durchtun kann man erst, wenn man weiß, man hat länger ein Dach über dem Kopf.“ Deshalb lautet das Ziel von INTO, das auch in Niederösterreich und Salzburg bei der Integration begleitet, „dass wir alle nach ein bis zwei Jahren in Finalwohnungen entlassen können.“ 43 solcher Wohnungen konnten in den letzten 18 Monaten vermittelt werden. Bisher handelte es sich vor allem um Gemeindewohnungen, doch seit Anfang des Jahres stehen letztere nur noch Menschen zu Verfügung, die seit mindestens fünf Jahren in Wien leben.

„Seither ist es für unsere Klienten nicht mehr möglich, direkt von INTO auf Gemeindewohnungen überzugehen“, kritisiert Struber die Änderung, „einerseits kämpfen wir damit, dass wir zu viele auf den Wartelisten haben und müssen mit Hochdruck daran arbeiten, die Leute aus dem Projekt zu entlassen, um neuen eine Chance zu geben. Andererseits können wir sie ja nach zwei Jahren nicht einfach auf die Straße setzen.“

Um den Stau an allen Enden des Wohnungsmarkts aufzulösen, arbeiten NGOs wie die Diakonie immer mehr mit privaten Initiativen zusammen. Darauf setzt auch das ehrenamtliche Projekt „Flüchtlinge Willkommen“, das seit Jänner 2015 Asylwerber und anerkannte Flüchtlinge mit Menschen zusammenbringt, die ein Zimmer

frei haben. Ob Studenten-WG oder Einfamilienhäuser, aus denen die Kinder ausgeflogen sind – Voraussetzungen sind nur ein abschließbares Zimmer und die Mindest-Mietzeit von sechs Monaten. 115 Menschen zwischen 17 und 43 Jahren konnten bisher in allen Bundesländern vermittelt werden. Das ist gerade erst der Anfang: Allein im September wurden 320 Neuammeldungen verzeichnet, in Wien stehen 150 Flüchtlinge auf der Warteliste. „Oft melden sich Menschen, die seit ein paar Tagen Asyl haben und aus dem Quartier müssen“, berichtet Anna Larcher, die die Flüchtlingsanmeldungen in Wien koordiniert, „wir sind auch mit vielen NGOs in Kontakt, bei denen die Menschen vorübergehend untergekommen sind.“ Es gibt viele Extreme: Entweder Leute, die übermorgen ausziehen müssen, die bereits obdachlos sind oder seit Jahren in prekären Wohnsituationen leben.

Illegaler Wohnungsmarkt

Die Geschichten von einer Mutter, die mit ihrer Tochter in einem Kellerabteil eines baufälligen Hauses eingemietet war oder von Menschen, die sich 60 Quadratmeter mit neun anderen teilen und dafür 300 Euro zahlen, sind keine Seltenheit. Dem illegalen Wohnungsmarkt kommt die Verzweiflung der Betroffenen nur recht. „Sie haben vor dem Deutschkurs auf uns gewartet“, erzählt Besrat T. (* Name der Redaktion bekannt), der vor 13 Jahren mit seinem Onkel aus Eritrea geflohen und 2011 allein nach Österreich gekommen ist, „sie haben uns Wohnungen gezeigt, in denen es kein WC gab. Alles war verdreckt und winzig klein. Dort wollte ich nicht wohnen.“ Stattdessen schlug sich der Anfang Zwanzigjährige in Notschlafstätten durch. „Ansparen für Mieten konnte ich nichts“, berichtet er vom Teufelskreis, „ich hatte ja keinen Platz zum Kochen, also musste ich immer auswärts für Essen zahlen.“ Seit zwei Jahren ist das anders: Wie 31 andere ehemals Obdachlose lebt er im VinziRast-CortiHaus und teilt sich mit zwei anderen eine Wohnung. 203 Euro zahlt Besrat, der seit kurzem auch wieder einen Job hat, für sein Zimmer, in dem Bett, Kasten und ein kleiner Tisch Platz haben. Gelbe Blumen an der Wand, eine dunkelbraun-weiße Decke auf dem Bett: „Von mir ist hier nur wenig“, meint er – nur die knallige Sonnenbrille, ein selbst gebastelter Vogel und zwei Hüte auf der Fensterbank gehören ihm. Und der Koffer, der an der Zimmerwand bereit steht. Wenn Besrat nämlich von einem träumt, dann von einer eigenen, ruhigen Wohnung. „In der ich dann lernen und machen kann, was ich möchte. Das geht mit anderen Leuten einfach nicht.“

Auf Suche

Laut den prognostizierten 85.000 Asylwerbern bis Jahresende werden 30.000 bis 40.000 Menschen in den nächsten Monaten als Flüchtlinge anerkannt – Zehntausende, die vier Wochen nach Erhalt des Bescheids aus der Grundversorgung fallen und eine Wohnung suchen.



Foto: APA / Grindl